

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 23 (1982)
Heft: 3

Rubrik: Der Kommentar

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dieses Volk ist vom Regen in die Traufe geraten und hat erst noch schlechtere Aussichten, sich des castristischen Regimes entledigen zu können. Battista konnte viel leichter gestürzt werden.

Das neue Iran und das neue Aethiopien

Das ist nicht das einzige Beispiel eines Volkes, das auf die falsche Karte gesetzt hat und nun schwer dafür büssen muss.

Iran ist es ähnlich ergangen. Dabei war der Schah in keiner Weise vergleichbar mit den Diktatoren Battista und Somoza. Er hatte als einer der ersten Chefs eines Dritteltstaates die Entwicklung seines Landes angestrebt, diese vielleicht allzu stark forciert und darum die Opposition von religiösen Reaktionären provoziert. Aber sein Volk erfreute sich relativer Freiheit und eines wachsenden Wohlstandes. Natürlich gab es Korruption (sie ist auch in unseren Breitengraden nicht unbekannt), wirtschaftliche Ungleichheiten und Verletzungen der Menschenrechte. Aber im Vergleich mit sehr vielen Ländern und mit allen sozialistischen Staaten schnitt Iran gut ab.

Im Herbst 1978 konnten die Frauen noch zu Tausenden auf die Strasse gehen, um mehr Freiheiten zu fordern. Heute können sie sich nur noch im Schleier zeigen und überhaupt nicht mehr demonstrieren. Dem Dutzend oder zwei Hinrichtungen (vorwiegend von Drogenhändlern) in den letzten zwei Jahrzehnten unter dem Schah stehen Tausende von Hinrichtungen in den ersten drei Jahren unter Khomeiny gegenüber.

Man könnte Aethiopien nennen, das unter Haile Selassie eine sicher langsame, aber eben doch stetige Entwicklung durchmachte. Heute sind die Aethiopier unterdrückt; in Eritrea und Tigre zerschlägt man Aufstandsbewegungen mit Kolonialtruppen des Sowjetlagers.

Bei allen Unterschieden zwischen Kuba, Aethiopien, Iran und Nicaragua gibt es eben diese bemerkenswerte Parallele: grosse Teile dieser Völker strebten — meist mit propagandistischer Nachhilfe von aussen — eine rasche Besserung mit Gewalt an, und tauschten eine Verschlechterung ihrer Lage ein. Das muss zu denken geben, und nicht nur in den betroffenen Ländern.

Es erweist sich, dass die revolutionäre Bewegung in eine Sackgasse führt, zwar eine neue Klasse an die Macht schwemmt, aber das Volk einer härteren Ausbeutung aussetzt. Damit ist keine Rechtfertigung für Diktatoren wie Battista und Somoza verbunden. Doch ist es an der Zeit, Rechtfertigungsversuche für deren Nachfolger kritischer und skeptischer zu beurteilen.

Die Muster westlichen Versagens

All diesen Ländern wäre eine langsame und stetige Reform zu wünschen gewesen, eine organische Entwicklung, um die halboffenen Gesellschaften auf eine verkräftbare Weise in offene Gesellschaften zu verwandeln.

Dass dies in etlichen Fällen nicht möglich geworden ist, deutet auch ein Versagen des Westens an. Er hat sich von der falschen Wahl gefangennehmen lassen: entweder nichts zu tun und mit den Battistas und Somozas Geschäfte zu treiben, weil sie ja angeblich national ge-

wachsenen Strukturen vorstanden, oder aber, als der Bankrott solcher Regime sich abzuzeichnen begann, nun alles zu tun, um sie stürzen zu helfen. Auf diese Art hat der Westen mitgeholfen, halboffene Gesellschaften in Moskaus Arme zu treiben.

Doch gibt es einen dritten Weg. Er müsste darin bestehen, dass sowohl Erstarrungen wie revolutionäre Umwälzungen abgelehnt und dass dafür echte Reformbewegungen nachhaltig unterstützt werden. Das setzt eine neue Aussenpolitik der Demokratien voraus. Wenn wir nicht die halboffenen Gesellschaften allesamt an Moskau verlieren wollen, müssen Westeuropa und Nordamerika tatkräftig die demokratische Opposition in der Dritten Welt zu fördern lernen.

Kubaner, die mit Battista, und Nicaraguaner, die mit Somoza nicht einverstanden waren, sind deshalb nicht notwendigerweise Kommunisten gewesen. Aber auch wenn sie es nicht waren, erhielten sie im Westen nicht die nötige Unterstützung. Erst wenn sich solche Oppositionelle radikalen Ideen zu verschreiben begannen, fanden sie dann offene Ohren und schliesslich gar offene Hände. Oft genug hat so der Westen zur

Freude Moskaus mitgeholfen, castristische und sandinistische Kuckuckseier auszubrüten. Das müsste nicht sein, vor allem aber dürfte es nicht so sein.

Im Rückblick zeigt es sich, dass die Regime des Schahs und Haile Selassies Unterstützung verdient hätten, weil sie Reformbereitschaft aufwiesen. Umgekehrt hätte mehr unternommen werden müssen, um die Ausweglosigkeit von Regimen wie jene Battistas und Somozas notfalls mit entschiedener Haltung nachzuweisen, damit so eine Reformbereitschaft erzwungen werden konnte. Deren Ausbleiben hätte dann die Unterstützung einer demokratischen Opposition gerechtfertigt.

Diese Erkenntnis sollte zur Richtlinie für die künftige Politik des Westens werden. Konkret und zur Illustration wären jetzt die Bestrebungen des christdemokratischen Junta-Chefs von El Salvador, José Napoleon Duarte, zu unterstützen, weil er eine schrittweise Demokratisierung des Landes anstrebt. Andererseits müsste dem Regime in Südafrika bei jeder Gelegenheit bedeutet werden, dass eine höhere Reformwilligkeit in seinem eigenen Interesse liegt. *Peter Sager*



Angola und der Widerstand

Wie sehr braucht die Sowjetunion noch Angola, wenn sie Namibia (Südwestafrika) kriegen kann?

In Angola dauert der Widerstand an, und das Land wird für die sowjetische Protektormacht zu einer Belastung.

Der Chef der Widerstandsbewegung Unita, Jonas Savimbi, hat gut 15 Jahre für ein demokratisches Angola gekämpft, erst gegen die Portugiesen und dann gegen das MPLA-Statthalterregime. Er findet etwas Unterstützung bei einigen schwarzafrikanischen Ländern und den USA.

Die Unita kontrolliert etwa ein Drittel des angolischen Territoriums, und ein Teil der übrigen Gebiete ist nur *dann* unter Kontrolle des Regierungslagers, wenn dessen Truppen oder Söldner gerade zur Stelle sind. Freilich reicht die militärische Stärke der Unita nicht aus, etwa den Marsch auf die Hauptstadt Luanda anzutreten, die von den Kubanern mit ihrer modernen Ausrüstung gehalten wird. Aber der Widerstand ist stark genug, um als Faktor berücksichtigt zu werden, wenn man im Zusammenhang mit der künftigen Unabhängigkeit von Namibia von einer «Lösung für die Region» spricht, die nach westlichen Hoffnungen mit dem Abzug der aus-

ländischen Truppen einschliesslich der Kubaner aus dem südlichen Afrika zu kombinieren wäre. Das nun ist bestimmt nicht die Meinung der Sowjets, die in Namibia die Unabhängigkeitsbewegung Swapo militärisch «unterstützen»; das heisst zu beherrschen suchen. Doch ist es denkbar, dass sie angesichts des lohnenderen Zieles von Namibia in Angola auf einen gesichtswahrenden Kompromiss steuern. Nicht aus gutem Willen, sondern deswegen, weil sie hier auf Widerstand stossen. Und weil sie das Land schon ruiniert haben.

Die Regierungsgeschäfte in Luanda besorgen faktisch sowjetische und ostdeutsche Berater, abgesichert durch kubanisches Militär. Diese Kombination hat getan, was ihres Amtes ist. Sie hat ihren MPLA-Schützlingen gezeigt, wie man die Unterdrückungsmaschinerie aufstellt und handhabt, militärisch und sicherheitsdienstlich. Nicht gereicht hat es dagegen zur Ernährung des Landes.

Unter diesen Umständen tut das offizielle Angola das, was schon andere sowjetisch dominierte Länder der Dritten Welt getan haben: Es gibt den Amerikanern zu verstehen, dass Wirtschaftshilfe willkommen wäre; man würde in diesem Fall doch auch weniger auf die Sowjetunion angewiesen sein. Aber wenn es ein sowjetkontrolliertes Regime ist, das diese schönen Andeutungen macht, ist Grossbrüderchen ja schon mit im Spiel: die Sowjets haben bestimmt nichts dagegen, wenn der Westen ihre Domination bezahlt. Die Unfähigkeit, ein Land ernähren zu können, ist für die Sowjetführung noch lange kein Grund, auf die machtpolitische Kontrolle zu verzichten.

Indessen kann es einen andern Grund geben: dass sich der Aufwand nicht mehr lohnt. Weil es eine Widerstandsbewegung gibt. Weil das verelendete Land nicht mehr viel hergibt. Weil eine frische nachbarschaftliche Eroberung mehr verheisst. Alle drei Faktoren spielen ihre Rolle, auch für den Westen. Man muss den ersten stärken, um den zweiten zu überwinden und dem dritten vorzubeugen. *it*